

Antrag

der Fraktion der SPD

NSA-Affäre aufklären – Grundrechte schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Aufklärung des Ausspähskandals nicht weiter zu bagatellisieren, sondern endlich entschieden gegenüber den europäischen und amerikanischen Partnern auf Aufklärung der Vorwürfe zu drängen;
2. dafür Sorge zu tragen, dass die mutmaßliche flächendeckende Ausspähung deutscher und europäischer Bürgerinnen und Bürger unverzüglich beendet wird – die Bundesregierung muss ihre Schutzpflichten für die Grundrechte der Bevölkerung auch gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinten Königreich erfüllen;
3. dafür Sorge zu tragen, dass deutsche Kommunikationsstrukturen auf staatlicher, wirtschaftlicher und individueller Ebene vor Ausspähung effektiv geschützt werden;
4. durch eine effektive Spionageabwehr dafür Sorge zu tragen, dass deutsche staatliche Stellen nicht von fremden Nachrichtendiensten ausgespäht werden, und erst recht nicht von Partnerdiensten;
5. Maßnahmen zu ergreifen, den Wirtschaftsstandort Deutschland vor Schäden durch Wirtschaftsspionage zu bewahren;
6. sich auf europäischer Ebene mit aller Entschiedenheit für die Wahrung der Grundrechte und der europäischen Werte einzusetzen;
7. sich bis zur vollständigen Aufklärung des Überwachungsskandals für eine Unterbrechung der Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen einzusetzen;
8. verlässliche Auskünfte von den beteiligten Telekommunikations- und Internetunternehmen einzufordern, ob und in welchem Umfang sie US-amerikanischen, britischen oder auch anderen Nachrichtendiensten Zugang zu ihren Systemen gewähren bzw. die Ausleitung von Daten gestatten;
9. auf europäischer Ebene durch EU-vertragliche Regelungen nachhaltig sicherzustellen, dass das Ausspionieren von EU-Mitgliedstaaten unterbleibt;
10. nicht länger die EU-Datenschutzgrundverordnung zu blockieren und aufzuweichen, sondern sich für eine schnelle Novellierung des europäischen Datenschutzrechts auf einem hohen Datenschutzniveau einzusetzen;
11. dabei sicherzustellen, dass es klare und europaweit einheitliche Regelungen gibt, unter welchen rechtlichen Vorgaben personenbezogene Daten verarbeitet und unter welchen Bedingungen US-amerikanische oder andere

Unternehmen Daten im nichteuropäischen Ausland verarbeiten dürfen. Auch muss klargestellt sein, dass nichteuropäische Diensteanbieter in Europa, beispielsweise Google, Facebook oder Microsoft, zwingend an das europäische Datenschutzrecht gebunden sind;

12. sich auf internationaler Ebene für ein Völkerrecht des Netzes einzusetzen und durch völkerrechtliche Vereinbarungen sicherzustellen, dass das Ausspionieren von Partnerländern unterbleibt;
13. sich entschieden dafür einzusetzen, dass Grund- und Menschenrechte wie Meinungs-, Presse-, Informations- und Kommunikationsfreiheit auch in der global vernetzten Welt Geltung haben;
14. dem Deutschen Bundestag zeitnah einen umfassenden Bericht über die Ergebnisse der Aufklärung dieses Überwachungsskandals zukommen zu lassen.

Berlin, den 2. September 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Seit Beginn der Enthüllungen von Edward Snowden in britischen, US-amerikanischen und deutschen Medien vor rund zehn Wochen, steht der Vorwurf im Raum, dass US-amerikanische und britische Nachrichtendienste deutsche und europäische Staatsbürger massenhaft und flächendeckend ausspionieren.

Mit den Programmen PRISM und Tempora soll gezielt deutscher und europäischer Datenverkehr überwacht worden sein. Das wäre ein massiver Angriff auf die Bürgerrechte und Kommunikationsfreiheiten in Deutschland und in Europa. Sicherheitsbehörden müssen auf klarer gesetzlicher Grundlage und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit agieren. Bei PRISM, Tempora und XKeyscore sind anscheinend dagegen diese Maßstäbe verloren gegangen.

Die Bundesregierung muss diese Vorwürfe endlich aufklären. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, Klarheit darüber zu schaffen, in welchem Maße Daten deutscher und europäischer Bürgerinnen und Bürger abgegriffen und ausgewertet wurden und in welchem Umfang dies noch passiert. Nachdem die Bundesregierung wochenlang versucht hat, den Ausspähskandal zu bagatellisieren, erklärt sie ihn nun beinahe täglich aufs Neue als beendet. Dabei sind noch immer alle drängenden Fragen unbeantwortet. Wenn die bislang nicht entkräfteten Veröffentlichungen in „Guardian“, „Washington Post“, „DER SPIEGEL“ und „Süddeutsche Zeitung“ zutreffen, dann findet eine nahezu flächendeckende Ausspähung der elektronischen Kommunikation durch britische und amerikanische Nachrichtendienste statt.

Die Bundesregierung muss endlich offenlegen, welche Kenntnisse sie über die Programme PRISM, Tempora und vergleichbare Programme und die Kooperation mit den Telekommunikations- und Internetunternehmen hat, wo und wie welche Daten abgegriffen werden. Es muss dringend geklärt werden, ob und inwieweit die Telekommunikations- und Internetunternehmen, die auch in Deutschland und Europa ihre Dienste und Infrastrukturen anbieten und tätig sind, den britischen und US-amerikanischen Nachrichtendiensten Zugang zu ihren Systemen und den Daten deutscher und europäischer Nutzer gewähren. Auch vor dem Hintergrund, dass nicht nur bei den großen Unternehmen wie Facebook, Google und Apple, sondern auch bei kleineren US-Unternehmen,

deren Dienste von Millionen Menschen genutzt werden (Whats-App, Waze, Flickr), Daten durch die US-Sicherheitsbehörden abgegriffen werden könnten, ist ein Handeln dringend erforderlich.

Die Bundesregierung ist bislang offensichtlich nicht bereit, einen wirksamen Beitrag zur Aufklärung dieses Überwachungsskandals zu leisten. Selbst angesichts der offensichtlichen Widersprüche vertraut sie auf die selbst ausgestellten Persilscheine der britischen und US-amerikanischen Nachrichtendienste, statt endlich auf die Offenlegung der Fakten zu drängen. Ihr ist der Schutz der Bürgerrechte anscheinend nicht wichtig genug. Die zuständigen Bundesminister Ronald Pofalla und Dr. Hans-Peter Friedrich, haben bisher nicht ernsthaft zur Aufklärung beigetragen. Die Aussagen der Bundesregierung, dass alle Fragen geklärt, alle Vorwürfe ausgeräumt und der Ausspähskandal beendet sei, und die Aufforderung des Bundesministers des Innern, die Bürgerinnen und Bürger mögen sich doch bitte selbst schützen, werden der Sache nicht gerecht. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, die Vorwürfe aufzuklären und ggf. die Ausspähung durch europäische Mitgliedstaaten und Partnerländer zu unterbinden.

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, dieser Pflicht endlich nachzukommen.

